

(Un-)heimlicher Putsch der Grosskonzerne

Wie mit den TiSA- und TTIP-Abkommen die Abschaffung der Demokratie geplant wird

Dominic Schaufelberger

Es scheint unvorstellbar: Unsere Schulkantinen werden von Konzernen wie Coca-Cola oder McDonald's betrieben. Höhere Schulen oder einen Krankenhausaufenthalt können sich nur noch Wohlhabende leisten. Deutsche und mexikanische Unternehmen sprechen sich ab, welchen Stundenlohn und wie viele Urlaubstage sie gewähren möchten. Unglaublich? Leider nicht.

attac.de

TiSA steht für „**Trade in Service Agreement**“, zu Deutsch „**Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen**“. Das Vertragswerk wird seit Anfang 2013 zwischen der EU, USA und weiteren 19 Wirtschaftsna-

tionen wie z.B. Australien, Japan oder Kanada verhandelt, darunter auch die Schweiz.

TISA soll laut der Australischen Regierung vor allem einen „improved market access“, also einen erleichterten Marktzugang für ausländische Unternehmen ermöglichen.

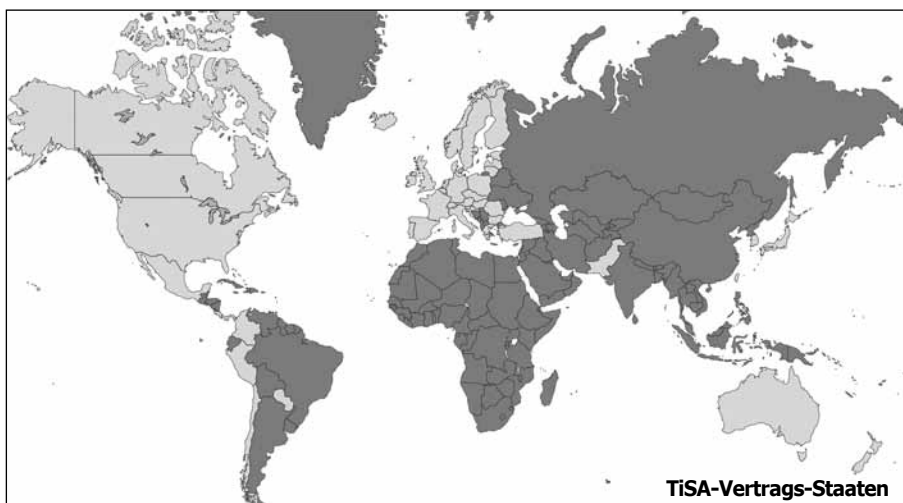
„New rules on domestic regulation to ensure regulatory settings do not operate as a barrier to trade in services“ sollen sicherstellen, dass der Staat den Unternehmen nicht dabei in die Quere kommt, wenn diese neuen Märkte erschlossen werden.

Über die konkreten Inhalte von TISA ist wenig bekannt. Die Europäische Kommission verrät zumindest, was auf der Tagesordnung steht. Unter anderem findet sich dort:

- *Finanzdienstleistungen: Bankwesen, der Finanzsektor;*
- *öffentliche Daseinsvorsorge: Wasser, Gesundheit, Bildung;*
- *Energiewirtschaft;*
- *internationale Leiharbeit.*

Kurzum: fast alle Bereiche des Lebens sind von TISA betroffen. (<http://know-ttip.eu>).

Das Transatlantische Freihandelsabkommen, offiziell **Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft** (englisch **Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP**), ist ein aktuell verhandeltes Freihandels- und Investitionsschutzabkommen in Form eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen der Europäischen Union und den USA. Die genauen Vertragsbedingungen werden seit Juli 2013 ausgehandelt,



dieser Prozess wird vielfach als intransparent kritisiert. (wikipedia.org)

Ziel ist es, Zölle, unsinnige Vorschriften oder Hürden für Investitionen abzubauen, damit der Handel zwischen den beiden Wirtschafts-Supermächten EU und USA stärker floriert. Das soll zusätzliche Milliardenumsätze und Millionen neue Jobs schaffen. Der Mega-Vertrag soll fertig sein, bevor US-Präsident Barack Obama Anfang 2017 das Weisse Haus verlässt. Ein ähnliches Abkommen mit Namen CETA (Canada-EU Trade Agreement) ist zwischen der EU und Kanada fertig ausgehandelt. (Salzburger Nachrichten 20.4.2015)

Womit beginnen?

Die Auswirkungen dieser Verträge sind derart mannigfaltig und betreffen so viele Lebensbereiche, dass es schwerfällt einen he-

rausragenden Punkt als Einstieg ins Thema zu bestimmen. Prinzipiell geht es darum, die Entscheidungsmacht noch mehr als bisher von den politischen Gremien in die Hand der globalen Konzerne zu verlagern. Und zwar die Macht zu entscheiden, wie die weltweite Ökonomie in Zukunft gestaltet werden, welches System der Finanzierung, Produktion, Verteilung herrschen soll. Was tiefgreifende Auswirkungen auf das soziale Zusammenleben, den Umgang mit unserer Umwelt, mit den Tieren und Pflanzen und den Ressourcen unseres Planeten hat. Dies alles soll also der demokratischen Einflussnahme entzogen und fortan von den Konzernen mit ihren Anwaltsbrigaden und Schiedsgerichten bestimmt werden.

Was mit der Deregulierungs- und Privatisierungswelle in den 1980er Jahren unter

Leitfiguren wie Thatcher und Reagan seinen Anlauf nahm (und der Parole „macht aus dem Staat Gurkensalat!“ nachträglich einen bitteren Beigeschmack verlieh...), wird also dreissig Jahre später per Handelsvertrag und Gesetz auf die ganze Welt zu übertragen versucht. Und weil vor allem die Privatisierung des Service Public (Bahnnetze, Wasser- und Stromversorgung etc.) nach etlichen Fehlschlägen und Negativbeispielen bei vielen Menschen auf Widerstand stösst und entsprechende Verträge niemals von den StimmbürgerInnen abgesegnet würden, werden die Verhandlungen dazu halt geheim geführt. Und die Inhalte der Verträge dürfen frühestens fünf Jahre nach Inkrafttreten publiziert werden! Es stellt sich die Frage, ob hier juristisch nicht bereits der Tatbestand der Verschwörung vorliegt...



Ursprünglich war das (TISA-)Abkommen ein Vorschlag der USA. Die Verhandlungen über die verschiedenen Vertragsbedingungen laufen seit Anfang 2012. Alle Sitzungen finden in Genf statt. [...] Seitdem haben verschiedene Verhandlungstreffen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden. [...] Diese fanden ausserhalb von üblichen Orten – wie WTO-Einrichtungen – statt, etwa in der australischen Botschaft. Die Teilnehmer wollen, wie die Süddeutsche Zeitung berichtet, „die Verhandlungspapiere frühestens fünf Jahre nach Abschluss des Vertrags an die Öffentlichkeit lassen“. (wikipedia.org)

Nur durch Indiskretionen und Leaks wurden bisher einige der verhandelten Punkte bekannt:

Umweltschutz- und Sozialstandards:

Die in den Vertragsländern zum Zeitpunkt des Inkrafttretens gültigen Gesetze betreffend Umweltschutz (dazu gehören auch Lebensmittelstandards etc.) und soziale Standards (Arbeitszeiten, Löhne, Renten, Sicherheit, Gesundheit etc.) werden auf dem jetzigen Stand „eingefroren“. Jegliche zukünftige Verschärfung (= Verbesserung der Standards) kann juristisch angefochten werden. Gemeinwesen, die eine solche be-

schliessen, können zu Schadenersatz-Zahlungen verurteilt werden.

Verbraucherschützer befürchten einen Wettlauf zum Abbau der Anforderungen an Sicherheitstests und Lebensmittel. Brüssel und die Bundesregierung versichern dagegen, die EU-Schutznormen würden bei den TTIP-Verhandlungen nicht angetastet. Bisher verbotene Gentechnik-Produkte sollen also nicht allein deshalb legal werden, weil sie aus den USA kommen und die Hersteller sich auf das Freihandelsabkommen berufen. (Salzburger Nachrichten 20.4.2015)

Ein [...] Vorwurf der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi lautet, durch TTIP entstehe die Gefahr, dass Arbeitnehmerrechte auf das jeweils niedrigere Niveau heruntergefahren würden. [...] Gewerkschaftliche Vereinigungen beispielsweise, die nach bundesdeutschem Recht ermöglicht werden müssen, könnten durch TTIP durch den jeweiligen Konzern unterbunden werden, so Verdi. Der US-Handelsbeauftragte Michael Froman hingegen betonte die Absicht, die Standards global anzuheben. [...] (wikipedia.org)

TTIP würde in Europa 600'000 Arbeitsplätze kosten und zu Einkommensverlusten in Höhe von 165 bis zu 5'000 Euro pro Person und Jahr führen. Zu diesem Ergebnis kommt laut Attac Österreich eine aktuelle Studie der US-amerikanischen Tufts University in Massachusetts. Auch Steuereinnahmen und Wirtschaftsleistungen würden erheblich schrumpfen. „Die Studie belegt, dass TTIP nicht nur ein Angriff auf soziale Standards, Arbeitsrechte, Umweltschutz, nachhaltige Landwirtschaft und Demokratie ist. Die Mehrheit der Menschen

würde mit TTIP zugleich einen Verlust an Wohlstand hinnehmen müssen“, warnte Alexandra Strickner von Attac Österreich am Donnerstag in einer Presseaussendung. (Salzburger Nachrichten 20.4.2015)

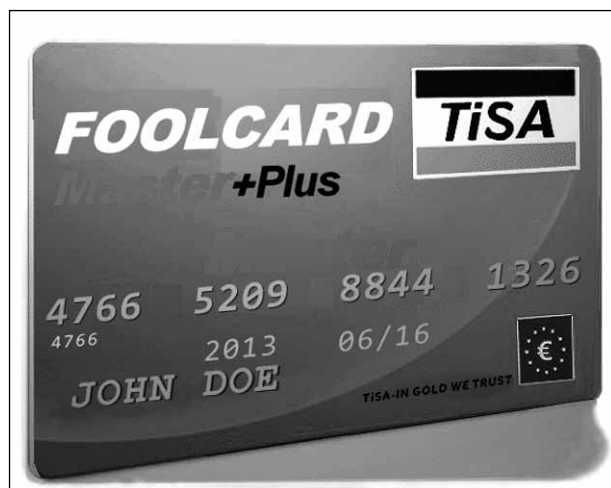
Privatisierungen:

Einmal erfolgte Privatisierungen können nie mehr rückgängig gemacht werden, selbst bei katastrophalen Auswirkungen für die Betroffenen.

Es hat sich gezeigt, dass Privatisierungen zwar oft positiv für die Aktionäre, dafür aber fatal für die betroffenen Bürger sind. In solchen Fällen passiert es, dass der Staat eingreift und Dienstleistungen wieder reguliert. Mit TISA wäre eine solche Notrettung nicht mehr möglich, denn [...] ein sogenannter „Ratchet Clause“ soll bewirken, dass Privatisierungen nie wieder rückgängig gemacht werden kann (sic). Beispielsweise hat Paris seine Wasserversorgung 1985 an die Konzerne Veolia und Suez verkauft. In den nächsten Jahren stieg der Wasserpreis um 265 % während die Geschäftsführung jede Transparenz verlor. Das Ganze wurde derart schräg, dass die Stadt Paris 2010 alles wieder zurückkaufte. Ähnliche Fälle gibt es in Portugal oder derzeit in Berlin. Mit TISA gibt es für den Staat keine Möglichkeit mehr, solchen Schaden von den Bürgern abzuwenden!

TISA verfährt ähnlich wie TTIP und CETA gemäss einer Negativliste. Das bedeutet, dass alles, was NICHT explizit auf dieser Liste ausgenommen ist privatisiert werden darf. Ein Prinzip, das zwei grosse Gefahren birgt:

1. Bereiche könnten (auch bewusst) nicht aktiv verhandelt werden, sind aber im Anschluss dennoch von Massnahmen zur „Marktöffnung“ betroffen.
2. Neue, uns heute noch unbekannt Felder sind generell liberalisiert, eine Regulierung durch den Staat ist schwer möglich. Welche Dimension diese „neuen“ Bereiche haben können sieht man z.B. an der Entwicklung



des Internets in der letzten Dekade.
(<http://know-ttip.eu>)

Datenschutz:

In den Vertragsländern ansässige IT- und Telekommunikations-Firmen können in jedem Vertragsland aktiv ihr Geschäft betreiben und die dabei erhobenen Daten beliebig in den Vertragsländern verschieben, ohne auf lokale Datenschutzbestimmungen Rücksicht nehmen zu müssen.

Aber: Nach der NSA-Horchaffäre und dem Scheitern des ACTA-Abkommens im EU-Parlament wird der Bereich ausgeklammert. (Salzburger Nachrichten 20.4.2015)

Kultur:

Lokale Kulturförderung kann global als „wettbewerbsverzerrend“ eingeklagt werden. Also beispielsweise öffentliche Gelder für Theater, Kunst- und Kulturzentren, Förderung Einheimischer durch öffentliche Rundfunk- und Fernsehanstalten, öffentliche Unterstützung von Sportanlässen, Festivals etc.

Vor allem Frankreich will verhindern, dass US-Filme und Musik die heimische Kulturszene erdrücken. Der audiovisuelle Sektor wurde daher vorerst aus den Gesprächen ausgenommen. Dafür wurde in das Verhandlungsmandat der EU-Kommission der Passus aufgenommen, die kulturelle Vielfalt zu schützen. (Salzburger Nachrichten 20.4.2015)

Bildungssektor:

Freier Marktzugang für private Bildungsanbieter in allen Vertragsländern.

Anfang Februar 2015 wies die Vorsitzende der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland auf ein von ihr gesehenes Risiko für private öffentlich geförderte Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung durch drohende Investor-Staat-Klagen von privaten Bildungsanbietern (US-Hoch-, Privatschulen) hin. [...] Auch das Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung hat Bedenken. [...] Die deutschen Bildungsgewerkschaften Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Verband Bildung und Erziehung (VBE) hatten bereits früher auf diese Risiken hingewiesen. [...] (wikipedia.org)

Finanzsektor:

Als Reaktion auf die Finanzkrise ab 2007 hatten die USA in den vergangenen Jahren schärfere Regeln im Finanz- und Bankensektor durchgesetzt. Dazu gehört etwa die Reglementierung und das teilweise Verbot riskanter Finanzprodukte, die weithin als einer der Auslöser der Krise angesehen werden. Ein Verhandlungsgegenstand von TTIP ist die Rücknahme von Kontrollen und einschränkenden Regeln für den Finanzsektor. [...] Der Ökonom Michael R. Krätke schrieb dazu:



„Die Ironie der Geschichte: In den USA gelten im Moment noch strikere Finanzmarktregeln als in Europa. Wenn alle Dienstleistungssektoren ‚liberalisiert‘ werden sollen, gilt das selbstverständlich auch für die Finanzdienstleistungen. Folglich steht uns eine seltsame Allianz der Finanzmarktderegulierer ins Haus, die die gerade erst begonnene Reregulierung von Banken und Finanzmärkten mit Elan wieder zurückdrehen werden – die Lobbyisten der britischen ‚Finanzindustrie‘ an der Spitze der Bewegung.“ [...] (wikipedia.org)

Sicherheit:

Polizei und Justiz privatisieren? Armeen oder Söldner vermieten? Blackwater (neuer Name: Academi) übernimmt die Führung von Asylzentren in der Schweiz? Bei der Recherche fanden sich keine Angaben, ob solche „Dienstleistungen“ in den Verträgen geregelt werden sollen. Aber durch das Prinzip der Negativliste wäre dies vorstellbar.

Rüstungsmarkt:

Bei Waffenkäufen gilt für die Amerikaner: buy american. Das soll auch so bleiben. Der Rüstungsbereich war zwar zunächst Teil des EU-Verhandlungsmandates, wird aber nun vorerst aus den Gesprächen ausgenommen. Den Europäern bleibt damit der Zugang zum weltgrößten Waffenmarkt mit wenigen Ausnahmen verschlossen, während die USA Kampfflugzeuge und Raketen nach Europa verkaufen. Bisher liefern die USA fünfmal so viele Waffen nach Europa wie umgekehrt.

Die USA könnten die Tür ein kleines Stückchen weiter öffnen und den Import bestimmter Zulieferteile zulassen, die auch in zivilen Produkten verwendet werden („commercial list“). Allerdings müsste das für jedes Produkt einzeln geschehen – das ist kaum im Rahmen der TTIP-Verhandlungen zu regeln. (Salzburger Nachrichten 20.4.2015)

Investitionsschutz durch unkontrollierbare Schiedsgerichte:

Wie andere Freihandelsabkommen sieht auch TTIP Schiedsgerichtsverfahren – **Investor-State Dispute Settlement (ISDS)** – vor, die von Kritikern als intransparent und demokratisch unkontrolliert betrachtet werden. Der Literaturwissenschaftler Glunk schreibt, solche Klagen von Unternehmen seien beispielsweise dann möglich, wenn ein Staat neue Umweltauflagen oder ein Moratorium (etwa für Fracking) beschließt. [...] Derartige Verfahren sind bereits aufgrund von bestehenden bi- und multilateralen Investitionsschutzabkommen möglich. [...] Zudem gibt es Klagemöglichkeiten gegen umweltpolitische Auflagen auch ohne Investitionsschutzabkommen vor staatlichen Gerichten, wie das Beispiel Biblis zeigt. [...]

Durch solche Schiedsgerichte, die an Stelle von nationalen Gerichten entscheiden, aber im Gegensatz zu diesen weniger Möglichkeiten der Überprüfung von Entscheidungen durch höhere Instanzen bieten, könnten Unternehmen nach Ansicht von Kritikern etwa durch die Androhung von Schadenersatzforderungen das staatliche Verbot bzw. die Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Lebensmittel oder ein Verbot der Gasförderung mittels Fracking verhindern. Ebenso könnten sie – ähnlich wie die Klage von Vattenfall gegen den deutschen Atomausstieg im Rahmen der Investorenschutzklausel des Energiecharta-Vertrags [...] – versuchen, Entschädigungszahlungen für den Ausstieg aus der Kernenergie zu erzwingen. Die Anzahl solcher Verfahren habe in den letzten zehn Jahren massiv zugenommen. [...] Die absolute Zahl der Klagen beläuft sich auf wenige hundert im Laufe mehrerer Jahrzehnte. [...] (wikipedia.org)

Konzerne könnten Staaten auf Schadenersatz in Milliardenhöhe verklagen, wenn ihre

Gewinnpläne von politischen Entscheidungen durchkreuzt werden. Damit könnten Konzerne im Extremfall bestimmen, ob ein Staat es sich leisten kann, aus der Kernkraft auszusteigen oder Gentechnik-Produkte zu verbieten.

Im EU-Parlament gibt es Widerstand gegen einen „Investitionsschutz“ dieser Art. Die EU-Kommission will die Regeln so fassen, dass das Regulierungsrecht der Staaten garantiert wird und Juristen kein Auslegungsspielraum bleibt. Ob neue Investitionsschutzregeln in das TTIP-Paket aufgenommen werden, soll erst entschieden werden, wenn das Verhandlungsergebnis vorliegt. (Salzburger Nachrichten 20.4.2015)

(Der österreichische) Bundeskanzler Werner Faymann hält Sonderrechte für Unternehmen für gefährlich: Durch private Schiedsgerichte werde der Rechtsstaat ausgehebelt. Allein die Androhung einer Klage würde Druck auf Politiker ausüben. „Hohe Schadensersatzforderungen bedeuten, dass möglicherweise zurückgeschreckt wird, Gesetze für Umwelt, Lebensmittelsicherheit, soziale Sicherheit oder ähnliches zu verbessern“, sagt der Bundeskanzler Anfang Mai. Ein Mitspracherecht der Wirtschaft könnte die gesetzgeberischen Möglichkeiten des



Staates untergraben und der Demokratie schaden. EU-Parlamentarier Jörg Leichtfried (SPÖ) fordert zudem, dass Richter entscheiden, ob der Innovationsschutz verletzt wurde. Derzeit seien „Gutachter“ geplant.

Kritiker befürchten, dass Unternehmen legitime Gesetze aushebeln und Schadenersatz verlangen könnten. Ein US-Unternehmen, das in Europa investiert und sich an einem Umweltgesetz gestört sieht, könnte das Schiedsgericht anrufen. Alexandra Strickner von attac brachte Mitte April etwa das Beispiel Argentinien: Vor dem Schiedsgericht der Weltbank ist das Land zu mehr als 400 Millionen Dollar Schadenersatz verurteilt worden, weil die Regierung eine missglückte Wasserprivatisierung rückgängig gemacht hat. Geklagt hatte die Suez Group wegen entgangener Gewinne.

Die Bürgerinitiative Stop TTIP betont indes, dass Schiedsgerichte einseitig seien. Denn es könnten nur Unternehmen klagen, nicht aber die Bürger, die von den Entscheidungen

der Unternehmen betroffen sind. (Salzburger Nachrichten 7.5.2015)

Positionen politischer Parteien in Europa

Der Grossteil der etablierten sowie der regierenden Parteien in den EU-Ländern befürworten das Abkommen. Die grösste öffentliche Debatte über TTIP findet in Deutschland statt, die grösste Ablehnung innerhalb der Politik findet sich in Österreich sowie in Griechenland.

Die **französische** sozialistische Regierung lehnt allenfalls Sonderklagerechte für Konzerne ab, befürwortet aber TTIP grundsätzlich. Die konservative Opposition steht hinter TTIP. Sehr kritisch sehen TTIP das Ökolager und die Linken, grundsätzlich abgelehnt wird es vom rechtspopulistischen Front National. Teile der Zivilgesellschaft und der kommunalen Politik lehnen TTIP ab, bzw. stehen ihm kritisch gegenüber.

In **Grossbritannien** befürworten die Regierung aus Konservativen und Liberaldemokraten sowie die Opposition in Form von Labour TTIP. Allerdings hält die linksliberale Scottish National Party das Abkommen für gesundheitspolitisch bedenklich.

In **Italien** ist TTIP nur ein Randthema, die Regierung befürwortet es, die Opposition kritisiert es. Die rechtspopulistische Lega Nord hält das Abkommen für wirtschaftlichen Selbstmord.

In **Spanien** ist TTIP ebenfalls nur ein Randthema. Regierung und mehrheitlich die im Parlament vertretene Opposition befürworten es. Die VereinteLinke hatte über TTIP eine - vom Parlament abgelehnte - Volksabstimmung zu TTIP beantragt. Ebenfalls lehnt die seit 2014 in Umfragen starke, aber bisher nicht im Parlament vertretene Podemos das Abkommen grundsätzlich ab.

In **Portugal** spielt TTIP politisch keine grosse Rolle. Die Regierung sieht durch TTIP 50'000 neue Arbeitsplätze. Die sozialistische Opposition bezieht nicht gross Stellung und kleinere linke Parteien kritisieren das Abkommen.

In den **Niederlanden** befürwortet die Regierung TTIP. Über das geplante Schiedsverfahren ist - ohne Zustimmung der rechtsliberalen Regierungsfraktion - im Parlament eine Resolution verabschiedet worden, dass durch dieses das niederländische Rechtssystem nicht eingeschränkt werden dürfe.

In **Belgien** fordern die Sozialisten, die grösste Oppositionspartei, dass die Verhandlungen ausgesetzt werden, um das Verhandlungsmandat neu zu bestimmen - unter anderem ohne ISDS-Klausel.

Die **schwedische** sozialdemokratische Regierung sowie die konservative Opposition sind für das transatlantische Freihandelsabkommen.

In **Polen** befürwortet die liberalkonservative Regierung das Abkommen. Allerdings wird in der Öffentlichkeit von einem breiten Bündnis



Mitspracherecht der Bürger und Transparenz gefordert.

In den baltischen Staaten **Estland, Lettland und Litauen** sind Bevölkerung und Politik deutlich überwiegend für das Abkommen.

In **Tschechien** befürwortet die Mitte-Links-Koalition TTIP, betont allerdings die Beibehaltung der sozialen Standards. Einwände kommen von den Kommunisten und der Piratenpartei.

Die Mitte-Rechts-Regierung **Bulgariens** steht hinter dem Abkommen, die Opposition lehnt es ab.

Die Regierung **Sloweniens** fordert im Blick auf TTIP eine stärkere Berücksichtigung der kleineren Staaten sowie mehr Transparenz, lehnt TTIP aber nicht ab.

In **Ungarn** befürwortet die rechtsnationale Regierung TTIP, abgelehnt wird es nur von der Ökopartei LMP.

In **Rumänien** unterstützen alle politischen Parteien TTIP.

In **Österreich** hingegen sind viele Politiker neutral oder sogar gegen das Abkommen. Allein der Wirtschaftsminister bekennt sich klar für TTIP.

Aus Kreisen der Syriza-geführten **griechischen** Regierung wurde bereits kurz nach deren Wahl im Januar 2015 angekündigt, Griechenland werde das Abkommen nicht ratifizieren. Ansonsten steht das Thema klar im Schatten der alles überschattenden Finanzkrise. Ähnliches gilt für **Zypern**. (wikipedia.org)

Fazit?

Es ist ja nun nicht so, dass all die angeführten Belange bisher einer realen demokratischen Kontrolle unterlagen. Schon seit es Kapita-



lismus gibt, haben seine VertreterInnen erfolgreich in politische Entscheide eingegriffen und diese durch ihre Lobbies zu ihren Gunsten beeinflusst. Ganz zu schweigen von der meist harmonischen Kooperation mit Diktaturen auf der ganzen Welt, wo eh keine demokratische Mitbestimmung im Weg stand. Für den Handel mit Waren und Rohstoffen wurden schon in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts globale Freihandelsverträge abgeschlossen, sehr zu Ungunsten der Anbietenden aus weniger „entwickelten“ Ländern.

Das Trade in Services Agreement ist ein Nachfolgeabkommen des General Agreement on Trade in Services der WTO, kurz GATS. Dieses wurde 1995 beschlossen. (wikipedia.org)

Auch die Personenfreizügigkeit wurde nicht aus rein humanistischen und menschenrechtlichen Überlegungen partiell eingeführt, sondern um eine internationale Masse an präkarierten Billigarbeitenden zu schaffen, welche in den Ländern, in die sie einwandern zum Druck auf die Löhne und auf den Arbeitsmarkt beitragen.

Aber immerhin gab es bis anhin in den Demokratien noch immer die Möglichkeit des parlamentarischen Ringens um soziale Standards, um die Gestaltung und Umsetzung staatlicher Aufgaben, um die Verteilung der Finanzmittel. Eher „links“ denkende Menschen waren meist der Überzeugung, dass Dienstleistungen und Bereiche wie Kulturförderung oder Bildung, solange sie dem Staat

obliegen, nicht der lebensfeindlichen kapitalistischen Profitlogik und den unbarmherzigen Gesetzen von Angebot und Nachfrage unterworfen seien, oder wenigstens nicht ausschliesslich.

Der Neoliberalismus hatte schon lange zum Ziel, den Staat möglichst zurückzubinden und finanziell totzuschumpfen um den ungebändigten Marktkräften freien Lauf zu gewähren. Die nun in Aushandlung befindlichen neuen Verträge würden eine dahingehende Systemänderung legalisieren und in alle Zukunft festschreiben, konkret also die Demokratie abschaffen und als neuen Souverän die globalen Konzerne einsetzen. Jegliche Umkehr gesetzlich ausgeschlossen, also nur noch via weltweiten revolutionären Umsturz machbar...

Die Antithese zu dieser Entwicklung wäre eine Ökonomie, wo die Produzierenden, Verteilenden und Verwaltenden mitentscheiden, wieviel wovon wie hergestellt oder an Diensten geleistet und an wen es zu welchen Konditionen verteilt wird – also eine demokratische Wirtschaft, wo nicht Profitmaximierung, sondern das Wohl aller Lebewesen oberste Maxime wäre.

Ich glaube immer noch, dass wir uns als Menschheit für den einen oder anderen Weg entscheiden können. Aber das Zeitfenster wird immer schmaler und die Gegenseite operiert mit unlauteren Mitteln...

Links:

http://de.wikipedia.org/wiki/Trade_in_Services_Agreement

http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches_Freihandelsabkommen

<http://www.seco.admin.ch/themen/00513/00586/04996/index.html?lang=de>

<http://www.salzburg.com/nachrichten/dossier/ttip/sn/artikel/ttip-und-ceta-verschworerung-mit-vier-buchstaben-122202/>

<http://www.br.de/mediathek/video/sendungen/report-muenchen/report-ttip-bankenlobby-100.html#&time=>

<http://know-ttip.eu/home/>

<http://www.attac.de/ttip>

<https://stop-ttip.org/de/>

<https://www.campact.de/ttip/appell/5-minuten-info/>

http://www.juso.ch/wp-content/uploads/2014/09/140906_Resolution_TTIPTI-SA.pdf

<http://www.ttip-unfairhandelbar.de>

<https://fighttisa.wordpress.com>